

Resolution der SP Schweiz

verabschiedet von der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2014 in Liestal

Unsere Verantwortung für die Tragödie in Syrien und Irak wahrnehmen

Die Krise in Syrien und Irak hat sich zur weltweit grössten humanitären Katastrophe seit Jahrzehnten ausgeweitet. Nachdem die Sicherheitslage und humanitäre Situation bereits zuvor äusserst kritisch war, hat sie sich infolge der Besetzung von Teilen ihres Staatsgebietes durch die terroristische dschihadistische Splittergruppe des selbst ernannten „Islamischen Staats“ (IS) weiter drastisch verschlechtert. In Syrien sind von einer Wohnbevölkerung von zuvor 21 Millionen Menschen inzwischen 10.8 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen, in Irak von 29 Millionen deren 5.2 Millionen. Die meisten sind intern Vertriebene, davon die Hälfte Kinder. Viele Flüchtlinge sind in den Nachbarstaaten, nur wenige in Europa. In Syrien befinden sich 4.8 Millionen der intern Vertriebenen in äusserst schwer zugänglichen Regionen.

Der grenzübergreifende Charakter des IS bildet mit seiner prall gefüllten Kriegskasse und der modernen, reichlich ausgestatteten militärischen Ausrüstung eine ernsthafte Bedrohung der Grossregion. Der IS kommt aber nicht aus dem Nichts. Drei Jahre brutale Unterdrückung aller Erwartungen des syrischen Volks auf Würde, Pluralismus und Freiheit durch das Regime von Baschar al-Assad trug ebenso zum religiösen Extremismus und der sektiererischen Polarisierung bei wie die militärisch-politische Strategie der Regionalmächte Iran, Saudi-Arabien, Katar, Türkei und anderen, extremistische Milizen finanziell und militärisch gegen angeblich oder tatsächlich noch schlimmere Feinde aufzurüsten. Die Region überquillt von Waffenarsenalen in falschen Händen, während die verbliebenen säkular und menschenrechtlich orientierten Kräfte oft weitgehend schutzlos sind.

Unsere Mitverantwortung für die Tragödie in der Region geht weit über fehlgeleitete Rüstungsexporte hinaus. Was wir erleben, ist der Zusammenbruch eines Staatensystems, das die damaligen Kolonialmächte nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts auf dem Reisbrett entworfen haben, ohne Rücksicht auf die betroffenen Völker zu nehmen. Heute haben die nach dem ersten Weltkrieg in Westeuropa definierten Zentralstaaten des Nahen und mittleren Ostens bei ihren eigenen Bevölkerungen jegliche Legitimität verloren. Dieser Vorgang dürfte unumkehrbar sein, obschon er eine entscheidende Grundlage der UNO-Friedensordnung in Frage stellt: die in der UNO-Charta als unverrückbar geltenden Grenzen der Nationalstaaten. Noch fehlen konkrete Visionen, wie in der Region eine neue, legitime Ordnung ohne weiteres Blutvergiessen gefunden werden kann. Darüber braucht es eine breite Diskussion zwischen allen wesentlichen Akteuren.

Das Ziel ist klar: religiös und ethnisch neutrale Staaten, welche die Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten aller Art respektieren.

Auch die Schweiz ist Akteurin im Nahen und mittleren Osten. Sie hat im grossen Stil Waffen in die Türkei und die Golfstaaten geliefert. Sie spielt als Drehscheibe für einen Drittel des weltweit gehandelten Erdöls eine zentrale Rolle in der Finanzierung der Region und ihrer Kriege und Verbrechen. Auch sie hat mit dem Golfkooperationsrat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) und weiteren Staaten der Region Freihandelsabkommen abgeschlossen und strebt mit der Türkei seit 2013 eine „strategische Partnerschaft“ an. Die um den Persischen Golf beheimateten Staatsfonds gehören zu den gewichtigen Aktionären der so genannten „Schweizer“ Grossbanken, die sich als Hausbanken der verbrecherischen Eliten am Golf anpreisen. Die Schweiz darf sich vor diesem Hintergrund nicht mit der Rolle begnügen, am grossen Reichtum des Nahen und mittleren Ostens teilzuhaben. Sie muss darüber hinaus verstärkt auch politisch ihre Mitverantwortung wahrnehmen, damit eine neue umfassende Friedensordnung aufgebaut werden kann.

Die SP Schweiz fordert ausgehend von diesen Überlegungen:

1. Die verbreiteten und teilweise systematischen Anschläge gegen die Zivilbevölkerung aufgrund ihres ethnischen oder politischen Hintergrunds, ihrer Religion, ihres Glaubens oder ihres Geschlechts bilden vielfach ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das nicht straffrei bleiben darf. Jegliche Form von Diskriminierung und Intoleranz aufgrund der Religion und Weltanschauung sowie Gewaltakte gegen religiöse und ethnische Gemeinschaften müssen aufs schärfste verurteilt und strafrechtlich geahndet werden. Die SP begrüsst Initiativen der internationalen Gemeinschaft und der Schweiz, um der Straflosigkeit von Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung entgegenzuwirken. Diese Initiativen sind zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Auch begrüsst die SP die von der Schweiz mitgetragenen Sanktionen der EU gegen Träger des syrischen Regimes.
2. Die Schweiz muss gezielt mit jenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Selbstverwaltungsorganen in der Region eine solidarische politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit aufbauen, die gegen Intoleranz und Hass antreten und für säkular verwaltete, multiethnische und multikonfessionelle Gesellschaften eintreten. Solche Inseln der Toleranz mit verschiedensten Ethnien und Konfessionen fanden sich während langer Zeit beispielsweise im Nordirak unter der kurdischen Regionalregierung, in Rojava oder gestützt auf zivilgesellschaftliche Initiativen in Selbstverwaltungsorganen im syrischen Gouvernat Idlib. Die vielfachen Vorschläge für eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ der Region nach dem Muster der in Europa erfolgreichen KSZE bzw. OSZE müssen vorangebracht werden. Gleichzeitig sind in der Schweiz Friedensforschung und Islamwissenschaften deutlich auszubauen und neue international vernetzte Foren des wissenschaftlichen und politischen Dialogs zu schaffen.
3. Grundsätzlich zu hinterfragen ist die bisherige Praxis, milliardenschwere Geschäfte im Nahen und mittleren Osten zu machen und jegliche Mitverantwortung für die damit mitfinanzierten Verbrechen abzulehnen. Westliche Staaten und Firmen müssen den Menschenrechten und der Friedensförderung in ihren Wirtschaftsbeziehungen zur Region endlich deutlich mehr Platz einräumen. Der Kampf gegen Geldwäscherei und Handel mit „blutigen“ Rohstoffen darf nicht länger ein blosses Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss endlich wirksam umgesetzt werden.
4. Die Schweiz muss ihre kaum überschätzbare Rolle als äusserst bedeutender Finanz- und Rohstoffhandelsplatz der Region in den Dienst der dort lebenden Menschen statt in den Dienst der dort brutal herrschenden Eliten stellen. Der Bundesrat verfügt über die angestrebte „strategische Partnerschaft“ mit der Türkei und dem am 1. Juli 2014 in Kraft getretenen Freihandelsabkommen mit den Staaten des Golfkooperationsrates über einen wirksamen Hebel, um seinen Einfluss geltend zu machen. Die Golfstaaten dürfen nicht länger religiösen Extremismus finanzieren und im Innern die Menschenrechte mit Füßen treten. Und in der Türkei stehen nicht zuletzt die ins Stocken geratenen Friedensverhandlungen der türkischen Regierung mit dem Kurden-Führer Abdullah Öcalan auf dem Spiel. Die Schweiz muss ihren Einfluss vermehrt geltend machen und darf sich nicht aus ihrer Mitverantwortung stehlen.
5. Allein in den fünf Jahren 2009–2013 exportierte die Schweiz für über 800 Millionen Franken Kriegsmaterial an Staaten der arabischen Halbinsel. Solche Lieferungen und jegliche militärische Zusammenarbeit mit den Regierungen der Region müssen endlich gestoppt und die Kontakte zum zwielichtigen türkischen Geheimdienst MIT überprüft werden. Zudem soll die Schweiz ihr Engagement für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Region, darunter die Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone, intensivieren. Zudem soll die Möglichkeit von UNO geführten Missionen zum Schutz der Zivilbevölkerung ausgelotet werden.
6. Wie vom Nationalrat in einem Postulat gefordert, soll der Bundesrat endlich Massnahmen prüfen, mit welchen deutlich grössere Flüchtlingsgruppen als bis anhin in Europa und der Schweiz aufgenommen werden können. Damit sollen auch die an Syrien angrenzenden Staaten unterstützt und entlastet werden, damit diese durch die grossen Flüchtlingsströme nicht noch weiter destabilisiert werden. Zudem muss auch die direkt in Syrien und dem Irak geleistete humanitäre Hilfe deutlich ausgeweitet und nicht allein über die Hauptstädte verteilt werden. Vielmehr soll sie auch direkt über zivilgesellschaftliche Kanäle den Flüchtlingen und weiteren Opfern der Gewalt zukommen.